

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2010



Kein Schuft ist, wer Böses dabei denkt

„Honi soit qui mal y pense!“ Ein Schuft sei, wer Böses dabei denkt – es gibt kaum ein Sprichwort, das in seiner aus dem 15. Jahrhundert stammenden, französischen Originalfassung den Deutschen so geläufig ist wie dieses. Sehr frei könnte man es auch so übersetzen: „Nicht alles, was anstößig erscheint, muss auch moralisch verwerflich sein.“

Ein Schuft sei, wer Böses dabei denkt? Kein Schuft sei, wer Böses dabei denkt? An abstrakten Beispielen lassen sich diese Fragen schwer entscheiden. Und ein einfach hingesagtes Urteil lässt sich heutzutage schon gar nicht fällen, wenn es um die Gespinste der Macht an europäischen Königshöfen vor fünfhundert Jahren geht. Wenn es um den Test geht, ob böse Gedanken sich um politische Entscheidungen ranken können, dann müsste man nach einem Fall aus der Jetztzeit suchen. Und man wird auch rasch fündig. Zum Beispiel in der Befrachtung des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ der schwarzgelben Koalition mit der Begünstigung von Hotelübernachtungen durch die Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf sieben Prozent.

Ein Schuft, der Böses dabei denkt? Ein Schuft, der auf die Idee kommt, das könnte ein „Dankeschön“ der Liberalen für den Zuspruch der Bürger an der Wahlurne sein? Oder gar das Versprechen: „Davon könnte es – bei kluger Wahl – künftig mehr geben?“ Oder ist das nur gegen die Liberalen ausgedacht, und es gilt eben auch hier der Wahlspruch der Edlen des 15. Jahrhunderts: „Honi soit qui mal y pense?“

Man würde es dem Liberalismus wünschen, dass es den FDP-Politikern dieser Tage nur um die Beschleunigung des Wachstums ging. Sie müssen aber Verständnis dafür haben, dass es selbst dem liberal denkenden Wähler schwerfällt, sich als Schuft zu fühlen, wenn er bei der Mehrwertsteuerpräferenz fürs Schlafen im Hotel ein Kleinwenig doch ans Böse denkt.

Hans D. Barbier

BAföG 2008

Das Statistische Bundesamt hat für das Jahr 2008 rund 822 000 junge Erwachsene gezählt, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhielten. Das waren 16 000 (zwei Prozent) mehr als im Vorjahr. Unter den Geförderten waren knapp 312 000 Schülerinnen und Schüler sowie 510 000 Studierende. Während die Zahl der geförderten Schüler nahezu gleich blieb, wurden im Vergleich zum Vorjahr 3,2 Prozent mehr Studierende gefördert.

Die Förderung erstreckte sich zum Teil nicht über das volle Jahr. Im Durchschnitt wurden je Monat 525 000 Personen – 192 000 Schüler und 333 000 Studierende – unterstützt. 52 Prozent der BAföG-Empfänger erhielten eine Vollförderung, also den maximalen Förderbetrag von zurzeit 648 € im Monat. Die Höhe dieses Betrages hängt von der Ausbildungsstätte (eine Berufsfachschule oder eine Hochschule) und der Unterbringung (bei den Eltern oder auswärts) ab. Die übrigen BAföG-Empfänger erhielten eine Teilförderung, die geleistet wird, wenn das Einkommen der Eltern oder der Geförderten bestimmte Grenzen übersteigt.

Die BAföG-Ausgaben des Bundes und der Länder betragen im Jahr 2008 rund 2 330 Millionen €, 144 Millionen € mehr als im Vorjahr. Für die Schülerförderung wurden 741

Millionen €, für die Studierendenförderung rund 1,6 Milliarden € bereitgestellt. Im Durchschnitt erhielten geförderte Schüler monatlich 321 € pro Person. Geförderte Studierende hatten 398 € pro Person zur Verfügung.

Mitte Januar hat Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, eine Anhebung des BAföG für Oktober 2010 angekündigt. Die Elternfreibeträge und Verdienstgrenzen sollen um drei Prozent erhöht werden. Der BAföG-Satz soll um zwei Prozent angehoben werden.

www.destatis.de

Schülerhilfe privat

Nachhilfe gehört für viele Jugendliche in Deutschland zum Alltag: Rund 1,1 Millionen Schüler nehmen regelmäßig bezahlten Nachhilfeunterricht in Anspruch. Laut Bertelsmann Stiftung ist Nachhilfe bereits in der Primarstufe üblich: Häufig wird sie in Anspruch genommen, wenn es am Ende der Grundschulzeit um die Empfehlung für die weiterführende Schule geht.

Da die Datenlage zur Nachhilfe in Deutschland recht lückig ist, haben die Autoren der Studie eine Ober- und eine Untergrenze der jährlichen Ausgaben für Nachhilfeunterricht berechnet. Demnach geben Eltern für Nachhilfe im Jahr zwischen 942 Millionen € und 1,5 Milliarden € aus. Legt man die

Untergrenze der jährlichen Gesamtausgaben für Nachhilfeunterricht auf alle Schüler allgemein bildender Schulen um, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Am höchsten sind die durchschnittlichen Ausgaben pro Schüler und Jahr mit 131 € im Stadtstaat Hamburg sowie in Baden-Württemberg. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegen sie dagegen nur bei monatlich 74 €. Im Bundesdurchschnitt werden rund 108 € gezahlt.

www.bertelsmann-stiftung.de

Rekordförderung

Die staatliche Förderbank KfW hat inländischen Unternehmen und Verbrauchern 2009 so viel Fördermittel wie noch nie in ihrer Geschichte zugeteilt. Das Volumen stieg um 5,8 auf 49,2 Milliarden €. Auch für das laufende Jahr rechnet die KfW mit reger Kreditnachfrage. Im Ausland senkte die KfW dagegen ihr finanzielles Engagement und förderte mit 13,4 Milliarden € 40 Prozent weniger als im Vorjahr.

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung trug zum starken Anstieg der Förderungen bei. Vom insgesamt 52,5 Milliarden € schweren Paket für Mittelstand, Wohnungsbau und Infrastruktur sagte die KfW bis Ende 2009 Mittel in Höhe von 17,6 Milliarden € zu. Davon entfielen 7,2 Milliarden € auf das Sonderkreditprogramm für Unternehmen, für das 40 Milliarden € der Mittel vorgesehen sind.

www.kfw.de/DE_Home/Presse/

Stipendium – Hilfe mit Schönheitsfehlern

Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, hat sich für das Jahr 2010 viel vorgenommen: Ein „Bologna-Gipfel“ mit Ländern und Hochschulen zur Reform der umstrittenen Bachelor-Studiengänge steht im April an. Im Juni folgt der dritte Bildungsgipfel. Schließlich soll ein mehrere hundert Millionen € teures Stipendienprogramm aufgelegt werden.

Es gibt gut zwei Millionen Studierende in Deutschland. Nur etwa 40 000 von ihnen erhielten 2009 ein Stipendium. Die Studienförderwerke berichten von einer stark gestiegenen Nachfrage nach Stipendien, seit einige Bundesländer Studiengebühren – üblicherweise 500 € je Semester – eingeführt haben. Das Stipendienangebot ist allerdings dahinter zurück geblieben: Es kommen bis zu zehn Bewerber auf ein Stipendium.

Studienförderwerke helfen bislang

Wer ein Stipendium haben möchte, kann sich derzeit an zwölf vom Bundesbildungsministerium mitfinanzierte Studienförderwerke wenden. Für die überparteiliche Studienstiftung des deutschen Volkes beispielsweise, das größte und älteste Förderwerk, braucht man eine Empfehlung eines Professors oder Dozenten. Mehr als 11 000 Stipendiaten betreute die Studienstiftung im vergangenen Jahr; ein Großteil der Geförderten erhielt die Grundförderung: monatlich 80 € Büchergeld.

Dennoch kommen viele Studenten erst gar nicht auf die Idee, sich um ein Stipendium zu bewerben. Dabei ist es durchaus überlegenswert, denn im Gegensatz zum BAföG muss ein Stipendium nicht zurückgezahlt werden. Ziel von Einrichtungen wie

der Studienstiftung des Deutschen Volkes oder der parteinahen Stiftungen ist es, qualifizierte und engagierte junge Menschen zu fördern. Maximal 665 € erhalten Studierende derzeit; die Höhe des Stipendiums wird ähnlich wie beim BAföG berechnet. Das Deutsche Studentenwerk hat ausgerechnet, dass Stipendiaten durchschnittlich 328 € im Monat bekommen. Gefördert werden über die monatlichen Zahlungen hinaus zudem Auslandsaufenthalte oder Sprachkurse, und oft bieten Stiftungen auch Kurse an oder vermitteln Praktika.

Stipendien sind rar

Anspruchsberechtigte können zudem Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten. Der Maximalbetrag liegt zurzeit bei 648 € im Monat. Eine Hälfte des Betrages geht als Zuschuss an die BAföG-Empfänger, die andere Hälfte gibt es als zinsloses Darlehen. Insgesamt gab Vater Staat 2009 rund 2,3 Milliarden € für BAföG-Leistungen aus. Damit wurden im Jahresdurchschnitt 333 000 Studierende unterstützt.

Um mehr Studierende zu fördern und Wissen als „wichtigsten Rohstoff zu erschließen“, sollen künftig neben BAföG-Zahlungen verstärkt auch Stipendien zur Studienfinanzierung beitragen. An der Zahl

der Stipendien hapert es in Deutschland noch. Zwar gibt es Stipendien von mehr als 2 000 Stiftungen aller Art. Großzügig ausgestattet sind nur die wenigsten von ihnen. Dabei hatte insbesondere die Wirtschaft vor der Einführung von Studiengebühren hohe Erwartungen geweckt. Der damalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Jürgen Thumann, versprach 2005, man werde „eine Stipendienkultur aufbauen, und dafür wird die Wirtschaft Geld in die Hand nehmen“. Einen Fonds für Studentenförderung wollte die Wirtschaft gründen, um dem Fachkräfte- und Akademikermangel zu begegnen. Eine zentrale Initiative des BDI oder anderer Wirtschaftsverbände gibt es bislang aber nicht.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft – die wissenschaftspolitische Organisation von rund 3 000 deutschen Unternehmen, Unternehmensverbänden, Stiftungen und Privatpersonen – verweist dagegen auf eine aktuelle Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Demnach seien deutsche Unternehmen aktiver, als die amtliche Statistik zeige: Sie weise nur rund eine Milliarde Euro aus, etwas mehr als ein Viertel der von den Hochschulen eingeworbenen Drittmittel. Nicht erfasst



„Das Thema Bildungsgerechtigkeit wird im Vordergrund der Arbeit der Regierungskoalition stehen. Kein Kind darf verloren gehen. Bildung ist ein Bürgerrecht und wir wissen, dass wir dabei noch nicht gut genug sind.“

Annette Schavan

seien darin aber Sachspenden wie Laborausstattungen, die Mitwirkung von Unternehmen in der Lehre oder das Angebot studienbegleitender Praktika. Allerdings meint auch der Stifterverband, dass die Wirtschaft noch mehr tun könnte und sollte.

In Planung: Nationales Stipendienprogramm

Die Bundesregierung hat angekündigt, ab Herbst ein nationales Stipendienprogramm aufzulegen, das leistungsbezogen und unabhängig vom Einkommen der Eltern ausgerichtet sein soll. Für die Stipendien-Offensive hat sich besonders Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, eingesetzt. Auf seine Initiative hin sind in NRW bereits 1 400 Stipendien ins Leben gerufen worden. Den monatlichen Förderbetrag von 300 € finanzieren je zur Hälfte das Land und ein privater Sponsor. In NRW soll schon in vier Jahren die Stipendienquote von zehn Prozent erreicht werden.

Auch das bundesweite Modell sieht vor, dass bis zum Jahr 2015 für zehn Prozent der Studierenden ein Stipendium in Höhe von 300 € pro Monat zur Verfügung stehen. Das Geld soll nach Leistungskriterien vergeben und beim

BAföG nicht angerechnet werden. Die Hälfte eines Stipendiums kommt vom Bund und dem jeweiligen Bundesland, die andere Hälfte soll die Wirtschaft bereitstellen. Um die Einwerbung des Geldes müssen sich die Hochschulen selbst kümmern. Der staatliche Anteil fließt nur, wenn es der jeweiligen Hochschule gelungen ist, Gelder von Dritten zu aktivieren.

Unsicherheiten

Ungewiss ist dabei, ob die benötigten Beträge auch tatsächlich zusammenkommen. Das Stipendienmodell setzt voraus, dass Unternehmen kurzfristig bereit sind, viel mehr Geld an den studentischen Nachwuchs zu geben als bisher. Niemand hindert sie allerdings, schon jetzt großzügig Stipendien zu vergeben. Doch direkte finanzielle Hilfen von der Wirtschaft kommen bislang nur sporadisch.

Ein weiterer Knackpunkt des geplanten Stipendienprogramms: Soll es funktionieren, müssen sich die Hochschulen auf die Suche nach Geldgebern machen. Das kostet Zeit und Geld: für Aquis, Auswahlverfahren und Auswahl. Dabei sind auch an den Universitäten in den vergangenen Jahren Mitarbeiter eingespart worden. Entweder müssen für das Programm neue Mitarbeiter her - ange-

sichts der finanziellen Lage der Bundesländer eher unwahrscheinlich - oder der Aufwand muss an anderer Stelle eingespart werden. Schließlich müssen auch die beteiligten Unternehmen mehr tun, als nur Geld zu überweisen, denn sie müssen ihre eigenen Kriterien für die Auswahlverfahren definieren.

Nur zehn Prozent Begabte?

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass vor allem jene von der Zuwendung des Stipendienprogramms profitieren, die es nicht benötigen. Laut einer aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks gehen von 100 Kindern aus Nichtakademikerhaushalten gerade einmal 23 auf die Hochschulen. Von 100 Kindern aus Akademikerhaushalten landen hingegen 83 Kinder an einer Hochschule. Für sie wäre das Stipendium ein Zuschuss, aber sicher nicht der ausschlaggebende Grund, ein Studium zu beginnen. Für diejenigen aus finanzschwachen Familien ist die Aussicht auf ein Stipendium möglicherweise motivierend. Ob aber 300 € ausreichen, ein auf vier oder fünf Jahre dauerndes Studium anzutreten?

Die bisherige Vergabepaxis - belegt auch durch eine Studie des Hochschulinformationssystems (HIS) - zeigt, dass Studierende aus finanziell gesicherten Verhältnissen größere Chancen auf ein Stipendium haben. Demnach sind unter Stipendiaten noch weniger Kinder aus „Arbeiterfamilien“ vertreten als unter den Studierenden insgesamt.

Gründe für die Schieflage: Zum einen bewerben sich Kinder aus „bildungsfernen“ Familien seltener um Stipendien. Zum anderen scheinen ihre Chancen bei Bewerbungen grundsätzlich geringer, selbst bei gleich guten Abiturnoten.

Wissen erschließen - aber wie?

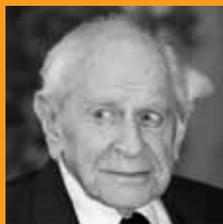
Doch nur eine Studienfinanzierung, die grundsätzlich allen Studierfähigen zur Verfügung steht - als Rechtsanspruch, nicht als freiwillige Leistung -, erreicht die Aktivierung der „Begabungsreserven“. Zwar haben sich zum Wintersemester 2009/2010 so viele junge Erwachsene wie noch nie für ein Studium eingeschrieben. Doch der von der Bundesregierung vermeldete „Anfängerrekord“ ist Folge geburtenstarker Schulabgängerjahrgänge und doppelter Abiturjahrgänge durch die Schulzeitverkürzung an den Gymnasien. Spätestens im Jahr 2015, wenn die geburtenschwachen Abiturientenjahrgänge die Schulen verlassen und die Effekte der Schulzeitverkürzung verpufft sind, werden Studienanfänger rar.

Insbesondere für Begabte aus finanzschwachen Familien ist das geplante Stipendienprogramm kaum eine Hilfe. Wichtiger wäre eine Bildungspolitik, die nicht nur eine formale Durchlässigkeit von Schulen und Hochschulen gewährleistet. Jeder junge Mensch muss in die Lage versetzt werden, das mit der individuellen Begabung Mögliche zu erreichen, unabhängig von den familiären Gegebenheiten.

Andreas Schirmer

Stipendien

Die staatlich unterstützten Förderungswerke vergeben laut Studentenwerk die Hälfte der Förderungen. Einen Überblick bietet das Bundesbildungsministerium auf www.stipendiumplus.de. Für Förderungen privater Stiftungen können Studierende im Internet auf www.stipendienlotse.de nach eigenen Kriterien suchen, zum Beispiel speziell für Waisen oder ausländische Studierende.



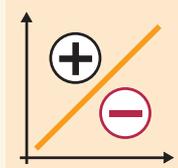
„Von allen politischen Idealen ist der Wunsch, die Menschen glücklich zu machen, vielleicht der gefährlichste.“

Karl Raimund Popper

IM KLARTEXT

Februar 2010

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Im Januar waren nach offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 3,6 Millionen Menschen ohne Arbeit. Im Vergleich zu Dezember 2009 waren im Januar 342 000 Personen mehr erwerbslos.

Mehrere statistische Umstellungen reduzieren die offizielle Zahl der Arbeitslosen, so

Arbeitslose



jeweils Januar
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

dass die – ebenfalls von der BA genannte – Zahl der Unterbeschäftigten aussagekräftiger ist. Laut Definition der Bundesagentur setzt sich die Zahl der Unterbeschäftigten

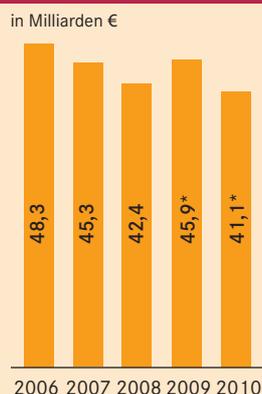
zusammen aus den gesetzlich definierten Arbeitslosen und den Teilnehmern an Arbeitsmarktmaßnahmen, wie berufliche Weiterbildung, Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Altersteilzeit. Das betraf im Januar (ohne Kurzarbeit) knapp 4,8 Millionen Menschen. Die Zahl der ALG-II-Bezieher betrug sogar 4,9 Millionen. Die Zahl der von der BA genannten offenen Stellen sank im Januar dagegen auf 457 000.

Eigenverantwortung

Rund 41 Milliarden € sind in diesem Jahr zur „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (Hartz IV) vorgesehen, davon 26 Milliarden € für das sogenannte ALG II, elf Milliarden € für Eingliederung und Verwaltungskosten sowie vier Milliarden € für Kosten der Unterkunft. Das sind zweifelsohne beeindruckende Beträge. Da liegt es für manchen nahe, in diesem Bereich Kürzungen zu fordern.

Das Problem dabei: Selbst wenn sich die Politiker auf Kürzungen einigen könnten und den Druck auf Hartz-IV-

Grundsicherung



* Soll
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Empfänger weiter verstärken würden, wird das die Probleme knapper öffentlicher Kassen und hoher Staatsverschuldung kaum lösen, solange mehr als eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit stecken und sich Deutschland millionenfach Unterbeschäftigte (siehe Vollbeschäftigung) leistet. Eigenverantwortlich leben sieht anders aus.

Geldwertstabilität

Im Jahresdurchschnitt 2009 lag der deutsche Verbraucherpreisindex nur um 0,4 Prozent höher als im Vorjahr. Das ist

nach Aussage des Statistischen Bundesamtes die niedrigste Jahresteuersatzrate seit der Wiedervereinigung, insbesondere wegen gesunkener Preise für Mineralölprodukte (minus 15,8 Prozent).

Allerdings hat die mit der Geldpolitik beauftragte Europäische Zentralbank in den vergangenen Monaten die Geldmenge zur Stützung der einbrechenden Konjunktur enorm ausgeweitet, zum Teil mit zweistelligen Wachstumsraten. Ob damit die Krise eingedämmt wurde, sei dahingestellt. Sicher ist dagegen, dass diese Liquidität den Märkten irgendwann wieder entzogen werden muss. Anderenfalls dürfte die Teuerungsrates des Jahres 2009 bald nur noch eine blasse Erinnerung sein.

Teuerungsrates

Preisanzug gegenüber Vorjahr in Prozent

2005	1,5
2006	1,6
2007	2,3
2008	2,6
2009	0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa; dpa-report
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard